



Ökologischer Landbau

Wahlprüfsteine zur Landtagswahl in Niedersachsen 2022

1. *Welche zusätzlichen Maßnahmen plant Ihre Partei, um das im Niedersächsischen Weg vereinbarte Ziel, bis 2025 10 % und bis 2030 15 % Ökolandbau in Niedersachsen zu erreichen?*

CDU

Der Ökolandbau spielt bereits eine wichtige Rolle in der niedersächsischen Landwirtschaft und zeigt seine besondere Stärke darin, Arten- und Naturschutz mit landwirtschaftlicher Erzeugung im Einklang zu halten. Um den Ökolandbau auch weiterhin zu stärken, werden wir:

- Die Fördergelder für nicht investiven Bereich zur Stärkung des Ökolandbaus (Weiterbildung, Beratung, Forschung und Weiterentwicklung) beibehalten und aufstocken. Die Richtlinien hierzu wollen wir praxisnäher ausgestalten.
- Biobetriebe gesondert und branchenbezogen in Förderprogrammen zu berücksichtigen, z.B. in den Bereichen Stallneu- und Umbau, Lagerkapazitäten und Beratungsförderung.
- Fünf neue Umstellungsberaterstellen bei den in Niedersachsen tätigen etablierten Beratungsorganisationen LWK, KÖN, Bioland, Demeter und Naturland etablieren, die u.a. bei der Umsetzung der Ziele des Niedersächsischen Wegs unterstützen.
- Für den Umbau der Tierhaltung zu mehr Tierwohl Änderungen im Baurecht anstreben, so dass die Umstellungshemmnisse leichter beseitigt werden können.
- Umstellungs- und Beibehaltungsprämier 2023 über die GAP aufstocken.

SPD

Hier wollen wir den Niedersächsischen Weg konsequent weitergehen. Das Land ist vor gut zwei Jahren mit drei Ökolandbau Modellregionen gestartet und hat damit ein eindeutiges Bekenntnis für den Ökolandbau gesetzt. Dieses Bekenntnis gilt auch weiterhin und sollte in einer SPD-geführten Regierung fortgesetzt werden. Die Entwicklung der Modellregionen seit 2020 zeigt sich als Erfolg. Inzwischen sind die Modellregionen in Niedersachsen auf insgesamt sieben angewachsen. Diese sieben Projektträger können ihre Konzepte nun für ihre jeweilige Region umsetzen: Über drei Jahre lang werden sie mit jeweils bis zu 60.000 Euro pro Jahr vom Land unterstützt. Projektträger der Öko-Modellregionen im Land sind die Landeshauptstadt Hannover, die Landkreise Goslar, Hameln, Holzminden und Oldenburg, die Bezirksstelle Uelzen der Landwirtschaftskammer Niedersachsen und der Zweckverband Erholungsgebiet Hasetal.

Der Niedersächsische Weg ist in der Bundesrepublik einzigartig und kommt im Agrarland Nummer 1 besonders zum Tragen. Wir werden weiterhin auf den Austausch mit den Landwirten und Naturschutzverbänden setzen, um durch konkrete Anreize und Maßnahmenpakete die gesteckten Ziele zu erreichen.

FDP

Wir Freien Demokraten stehen voll und ganz hinter den Vereinbarungen des Niedersächsischen Weges. Diese Vereinbarungen wurden von allen beteiligten Verbänden und Vereinen auf Augenhöhe erarbeitet, was diesen Weg am Ende verlässlich und erfolgreich macht. Der Anteil des Ökolandbaus kann nur nachhaltig gesteigert werden, wenn sich eine verlässliche Nachfrage nach den Produkten mit einer entsprechenden Kaufkraft entwickelt. Einseitige Umstellungsanreize ohne eine gesicherte wirtschaftliche Basis bringen dagegen bestehende Betriebe in Gefahr. Derzeit bringen unbefriedigende Regelungen in der neuen GAP und ein schmelzender Preisabstand an den Märkten die bestehenden Ökobetriebe eher in wirtschaftliche Bedrängnis. Eine sichere Existenzgrundlage für bestehende und zukünftige Biobetriebe ist Grundvoraussetzung für eine weitere positive Entwicklung.

Bündnis 90/Die Grünen

Da Niedersachsen im Vergleich zu anderen Bundesländern einen deutlich geringeren Ökolandbauanteil von aktuell 5,2 Prozent hat, sind die Ausbauziele von 10% in 2025 und 15% in 2030 im niedersächsischen Weg ambitioniert. Leider hat die aktuelle Landesregierung nur die Ziele formuliert, aber die Erreichung dieser Ziele dem Marktgeschehen überlassen. Bei jetzigem Ausbautempo bräuchte man noch über 19 Jahre, um das Ziel für 2025 zu erreichen.

Neben einer Ausweitung der Förderung der landwirtschaftlichen Betriebe, insbesondere in den ersten beiden Jahren der Umstellung, in denen die Produkte noch nicht als „Bio“ vermarktet werden können, wollen wir GRÜNEN auch die Infrastruktur für die Verarbeitung und Vermarktung der ökologischen Lebensmittel deutlich verbessern. Die Umstellung z. B. der Milchkuhhaltung auf Bio ist schließlich nur dann attraktiv, wenn auch eine Bio-Molkerei in erreichbarer Nähe ist. Gleiches gilt für Schlachtstätten für tiererhaltende Bio- und Direktvermarktungsbetriebe. Die Nachfrage nach Bioprodukten kann derzeit in vielen Bereichen noch nicht durch die heimische Landwirtschaft gedeckt werden. Die Förderpolitik muss dabei auf die konkreten Bedarfe der umstellungswilligen Betriebe angepasst werden. Auch das Thema Schaffung von Lagerkapazitäten bei Höfen und landwirtschaftlichen Genossenschaften, die dann getrennte Lagerhaltung betreiben müssen, ist in den Fokus zu nehmen. Neben Umstellungsförderung muss aber auch die Umstellungsberatung mit konkreten Praxisangeboten verstärkt werden. Feldtage, Messestände und Kooperationen von Bio-Betrieben und umstellungswilligen Betrieben müssen gefördert werden. Über eine Informationsoffensive sollen die Chancen des Ökolandbaus breiter an konventionelle Landwirt*innen vermittelt werden, um diese zum Umsteigen zu motivieren.

Aus- und Weiterbildung in landwirtschaftlichen Berufen muss ökologisiert werden. Öko-Anteile müssen verpflichtender Bestandteil auch der überregionalen Ausbildung werden. Es ist nur den örtlichen Grünen im Samtgemeinderat Scharnebeck und ihrem Verhandlungsgeschick bei der Bebauungsplan-Änderung zu verdanken, dass von der Landwirtschaftskammer überhaupt ein Bio-Schweine-Lehrstall für die überregionale Ausbildung in Echem gebaut wurde. Nun müssen auch andere Bereiche wie Geflügel und Ackerbau folgen.

Außerdem braucht das Agrarland Niedersachsen endlich ausreichend Lehrstühle für Ökolandbau.

Neben dem Ausbau der Vermarktung bestehen in der Außerhausverpflegung, etwa bei öffentlichen Kantinen, noch deutliche Potenziale für den Einsatz von Bioprodukten. Dort muss das Land mit gutem Beispiel vorangehen und die Gemeinschaftsverpflegung in

Einrichtungen des Landes auf ökologisch erzeugte Produkte umstellen. Darüber hinaus kann ein länderspezifisches Biosiegel, wie es bspw. bereits Bayern oder Hessen eingeführt haben, die regionalen Vorzüge unterstreichen und bei der Vermarktung helfen.

Dadurch, dass Pachtflächen in öffentlichem Eigentum zukünftig vorrangig ökologisch bewirtschaftet werden sollen, erleichtern wir den Flächenzugang für Biobetriebe und ermöglichen ihnen so eine nachhaltige Betriebsentwicklung. Mit einem Agrarstruktursicherungsgesetz wollen wir den Zugang für Landwirt*innen zum Boden stärken.

Neueinsteiger*innen in die Landwirtschaft, die keinen Hof erben, wollen wir mit einer Neueinstiegsprämie unterstützen, denn viele, die Landwirtschaft aus Überzeugung machen wollen, sind künftige Biolandwirt*innen.

2. *Welche konkreten Maßnahmen plant Ihre Partei, um die regionalen Wertschöpfungsketten in Niedersachsen zu stärken? Wie plant Ihre Partei, das regionale Handwerk im Bereich Landwirtschaft zu stärken und bereits bestehende Defizite aufzuholen?*

CDU

Eine wichtige Maßnahme ist der bereits vom Niedersächsischen Ministerium für Landwirtschaft Ernährung und Verbraucherschutz (ML) veröffentlichte Leitfadens zu Hofschlachtungen. Als weitere Maßnahme ist die Evaluation der Arbeit der Ökomodellregionen geplant, um diese gegebenenfalls bei positivem Output weiter auszubauen. Das ebenfalls vom ML initiierte Programm „Stadt.Land.Zukunft“, welches unter anderem das Projekt „Regionale Wertschöpfungsketten“ umfasst und ein finanzielles Volumen von 31,5 Millionen Euro hat, soll weiterhin begleitet und ausgebaut werden. Die CDU in Niedersachsen setzt sich außerdem dafür ein, dass nachhaltig wirtschaftende Unternehmen bei der GRW-Förderung besonders berücksichtigt werden. Als weitere Maßnahme ist geplant, eine Task-Force „Verordnungen und Vorgaben“ einzusetzen, welche die regionale Wertschöpfung Niedersachsens auf unnötige Hemmnisse überprüft. Auch Gebührenordnungen müssen sowohl in rechtlicher Hinsicht als auch mit Blick auf die Höhe der Gebühren geprüft und gegebenenfalls angepasst werden. Außerdem wird die Landes-CDU im Rahmen der Fachkräfteinitiative Niedersachsen zusammen mit Unternehmen, Kammern, Arbeitsagenturen, Bildungseinrichtungen und Wissenschaft ein systematisches Fachkräftemonitoring einrichten, um den Bedarf an Qualifikationen im Strukturwandel und in den Wertschöpfungsketten der Zukunft frühzeitig zu erkennen und entsprechende Bildungsangebote zu schaffen.

SPD

Wir werden einen verlässlichen Pfad zu mehr Fairness und Transparenz in der Wertschöpfungskette entwickeln, der den Erzeugern und Beschäftigten ein angemessenes Auskommen bietet, hochwertige Lebensmittel und Rohstoffe gewährleistet und dabei die Verbesserung von Klima, Umwelt, Biodiversität, Tierwohl und sozialen Standards in den Blick nimmt.

Wir werden hierzu den Niedersächsischen Weg ausbauen, um über die nachfolgenden Ansätze für mehr Fairness in der Lebensmittelwertschöpfungskette zu sorgen. So werden wir einen gemeinsamen Verhaltenskodex mit dem Lebensmitteleinzelhandel, den Erzeugern und Verarbeitern, den Naturschutzverbänden und dem Verbraucherschutz vereinbaren, um kurzfristig für mehr Wertschöpfung und Wertschätzung auf der Erzeugerseite zu sorgen. Wir

werden die Richtlinie über unlautere Handelspraktiken konsequent umsetzen. Wir begrüßen die Einführung einer verpflichtenden Tierhaltungskennzeichnung und eines verlässlichen, leicht verständlichen Herkunftsnachweises für hochwertige deutsche und regionale Produkte, das auch verarbeitete Produkte im Endprodukt einbeziehen soll. Und nicht zuletzt werden wir die Einhaltung des Arbeitsschutzkontrollgesetzes und des Wohnraumschutzgesetzes konsequent kontrollieren, um die Ausbeutung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in der Erzeugung und Produktverarbeitung (Erntehelfer, Schlachthöfe) wirksam zu unterbinden und auskömmliche Löhne und eine menschenwürdige Unterbringung sicherzustellen.

FDP

Wir wollen den ländlichen Raum insgesamt stärken und durch vielfältige, moderne Ansätze und mehr Freiräume für Kommunen die Lebensqualität der Menschen verbessern und insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen, von der Industrie, der Landwirtschaft über das Handwerk bis zum Handel, auch in ländlichen Regionen Perspektiven schaffen. Voraussetzungen hierfür sind eine flächendeckend zukunftstaugliche digitale Infrastruktur, leistungsfähige Verkehrswege, ein flexibler öffentlicher Personennahverkehr sowie ein starkes duales Bildungssystem.

In Niedersachsen hergestellte Lebensmittel sind von hervorragender Qualität, die Betriebe verdienen Respekt und Anerkennung. Gesellschaftliche Kritik, ökonomische Schwierigkeiten oder überbordende Bürokratie belasten aber besonders die Familienbetriebe stark.

Bündnis 90/Die Grünen

Der Ausbau des Ökolandbaus muss mit dem Ausbau der Lebensmittelverarbeitung zusammengedacht werden. Im Nordosten Niedersachsens sieht man, dass große Verarbeiter mit kontinuierlicher Nachfrage zu einem hohen Anteil an Bio-Flächen führen. Der Umstellungsprozess muss daher auch auf Verarbeitungsbetriebe ausgedehnt werden. Ob Fleischerhandwerk oder Bäckerei, Gastronomie aber auch in der Hauswirtschaftsausbildung – überall wo mit Lebensmittel gearbeitet wird, muss die Ausbildung und Beratung um den Komplex Bio-Landwirtschaft und Bio-Lebensmittel erweitert werden. Neben der Weiterentwicklung der Curricula müssen auch die Prüfungsinhalte um den Bio-Bereich ergänzt werden. Besonders im Gastro- und Kantinenbereich muss mehr informiert werden, um die (Teil-)Umstellung der Außerhausverpflegung voranzutreiben.

Eine zentrale Herausforderung für das Handwerk ist die Sicherung des Fachkräftebedarfs. Etwa ein Fünftel der angebotenen Ausbildungsstellen im Handwerk kann aktuell nicht besetzt werden.

Zentrales Element bei der Fachkräftesicherung unseres Handwerks ist die duale Ausbildung. Wir GRÜNEN haben diese Herausforderung im Blick und starten gemeinsam mit dem Handwerk eine große Ausbildungs- und Umschulungsinitiative und machen diesen Bereich attraktiver und bauen Teilvergütungskonzepte für Auszubildende in Handwerksberufen aus.

Nach Untersuchungen des Zentralverbandes des deutschen Handwerks ist jede*r vierte Betriebsinhaber*in über 60 Jahre alt. Um die Betriebsnachfolge möglichst problemlos zu gestalten, wollen wir GRÜNEN die Beratung und Unterstützung verbessern und ein besonders zinsgünstiges Übernahmendarlehen über die N-Bank zur Verfügung stellen. Das gleiche gilt für die Förderung von Existenzgründungen und Start-ups. Um die Übernahme des

Betriebes durch Mitarbeitende zu erleichtern, setzen wir uns für einen Ausbau der Mitarbeiter*innenbeteiligung als Instrument der Unternehmensnachfolge ein.

Gemeinwohlorientierte Unternehmen wollen wir besonders unterstützen. Wir wollen für die Lebensmittel- und Futterkontrollen sowie im weiterverarbeitenden Gewerbe die Gebührensätze europarechtskonform neu regeln. Damit möchten wir mehr Gerechtigkeit herzustellen und insbesondere kleine handwerkliche Betriebe entlasten.

3. *Welche Rolle kommen den Ökomodellregionen zum Tragen? Sollen die Ökomodellregionen weiter ausgebaut werden? Findet eine Evaluation der Ökomodellregionen statt?*

CDU

Inzwischen gibt es sieben Ökomodellregionen, wobei eine Evaluation noch nicht stattgefunden hat. Wir sprechen uns dafür aus, diese zügig durchzuführen und anhand der Ergebnisse zu entscheiden, ob neue Ökomodellregionen ausgeschrieben werden sollen. Grundsätzlich erachten wir die Arbeit der Ökomodellregionen als sinnvoll, das Kosten-Nutzen-Verhältnis gilt es jedoch im Rahmen der Evaluation genau zu überprüfen, um gegebenenfalls nachsteuern zu können. Wir könnten uns vorstellen, die Ökomodellregionen wegen ihrer Praxisnähe zukünftig unter die Obhut der Landwirtschaftskammer zu stellen.

SPD

siehe Antwort zu Frage 1

FDP

Wir Freien Demokraten unterstützen die bestehenden Öko- Modellregionen in Niedersachsen und schreiben Ihnen eine wichtige Rolle zur Verbesserung des Absatzes und zur Erhöhung des regionalen Anteils an ökologisch wirtschaftenden Betrieben zu. Die jeweiligen Projektträger haben gute Konzepte vorgelegt, wie in den jeweiligen Regionen der Ökolandbau gefördert werden soll. Wir sehen die Öko-Modellregionen als wichtigen Baustein, um die Wertschöpfungspotentiale der regionalen Ökolandwirtschaft zu verbessern. Wir unterstützen eine Evaluierung solcher Modellregionen, um diese gezielt weiter auszubauen.

Bündnis 90/Die Grünen

Nachdem es bereits seit mehreren Jahren in einigen anderen Ländern, wie Bayern oder Hessen, Öko-Modellregionen gibt, wurden auch in Niedersachsen vor zwei Jahren die ersten Regionen eingerichtet. Damit wurde ein Baustein des 2016 unter Rot-Grün aufgestellten „Aktionsplans für mehr Ökolandbau“ umgesetzt. Allerdings muss evaluiert werden, ob das Ziel der Modellregionen, durch Förderung innovativer Konzepte den Anteil ökologisch wirtschaftender Betriebe in der Region zu erhöhen, erreicht wurde. Bei der derzeitigen Ausgestaltung haben wir den Eindruck, dass die Modellregionen lediglich sichtbar machen, was es an Ökobetrieben und Öko-Produkten bereits gibt, ohne jedoch zu einem Zuwachs zu führen. Insofern ist zu hinterfragen, ob weitere Ökomodellregionen das geeignete Instrument sind, den Ausbau der Bio-Branche voranzutreiben.

4. *Wird Ihre Partei eine landesweite Kampagne zur Förderung des Einsatzes von Bioprodukten in der Außer-Haus-Verpflegung anstoßen? Wenn ja, was ist konkret geplant und mit welchen finanziellen Mitteln? Welche konkreten Maßnahmen plant Ihre Partei hinsichtlich einer vermehrten Verwendung von Bioprodukten in der Gemeinschaftsverpflegung?*

CDU

Die Außer-Haus-Verpflegung ist ein möglicher Hebel, den beschlossenen Ausbau des Ökolandbaus voranzubringen. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass regionale und Bio-Ware aus Niedersachsen bevorzugt in den Kantinen des Landes und in Schulprogrammen verwendet werden. Hierzu gilt es die Ausschreibungsbedingungen entsprechend anzupassen. Wertschöpfungskettenprojekte sollen zur besseren Vernetzung von Erzeugern und Abnehmern beitragen und die Absatzsicherheit fördern. Das Erreichen wertmäßiger Anteile des Einkaufs in Bio-Qualität in landeseigenen Einrichtungen halten wir für zielführender als verpflichtende 100 %-Umstellungen.

SPD

Die Förderung des Einsatzes von Bioprodukten in der Außer-Haus-Verpflegung ist ein zentrales Element bei der Durchführung der Modellregionen. Nach Ablauf der Projektphase in drei Jahren werden wir Maßnahmen zur Effizienzsteigerung von Bioprodukten in der Außer-Haus-Verpflegung unterstützen. Über konkrete finanzielle Mittel lässt sich derzeit keine seriöse Aussage treffen.

Bei konkreten Maßnahmen zur vermehrten Verwendung von Bio in Gemeinschaftsverpflegungen müssen, wie bei vielen Themen, natürlich auch die Kommunen involviert werden. Für konkrete Maßnahmenpakete setzen wir ebenfalls auf die Ergebnisse der Ökolandbau-Modellregionen.

FDP

Wir Freie Demokraten wollen nicht nur den Fokus auf Bio legen, sondern gleichermaßen auch auf regionale Produkte mit kurzen Transportwegen.

Bündnis 90/Die Grünen

Wie beschrieben sehen wir in der Ausweitung der Außer-Haus-Verpflegung große Potentiale für Bioprodukte. Nicht zuletzt das Kaufverhalten während der Corona-Pandemie hat gezeigt, dass Kund*innen Wert auf gesunde Ernährung legen, wenn sie selbst über die Auswahl der Zutaten entscheiden können. Niedersachsen als Agrar- und Ernährungsland hat daher das Potenzial, eine richtungsweisende, zukunftsfähige Ernährungslandschaft zu gestalten. Eine Ernährungsstrategie auf dem Papier allein reicht jedoch nicht, diese muss auch umgesetzt und weiterentwickelt werden. Dass wollen wir gemeinsam mit den Ernährungsräten, die sich in immer mehr niedersächsischen Städten und Kommunen bilden, tun.

Wichtigster täglicher Essensort ist für viele Menschen die Kantine oder Mensa. Wir wollen, dass es dort gutes, gesundes, möglichst regional produziertes Essen zu fairen Preisen gibt. Projekte wie das Kopenhagener House of Food und 2025 die Berliner „Kantine Zukunft“ zeigen, wie die Gemeinschaftsverpflegung der Zukunft aussehen kann - mit und ohne Currywurst. Sie beraten und begleiten Großküchen bei der Umstellung zu mehr Bioprodukten. Wir werden auch in Niedersachsen solche Beratungsangebote für Kantinen von der Kita bis zum Mobilitätsunternehmen schaffen, damit diese erfolgreich sukzessiv auf mehr Bioprodukte umstellen. Zudem bringen wir ein Landesprogramm für gutes Schulessen auf den Weg und wollen das Angebot pflanzlicher Ernährung in Schulen und Kitas stärken. Insbesondere in den schulischen Mensen wollen wir zudem die Ernährungsbildung stärker verankern und diese Mensen zu richtigen Lernorten ausbauen. Dies beinhalten z.B. im Rahmen von Projekttagen bzw. -wochen den Besuch bei erzeugenden Höfen oder Verarbeitungsbetrieben um nachvollziehen zu können, woher die Lebensmittel kommen.

Auch Kochangebote und die Möglichkeit der Einbindung in den Mensabetrieb sollen den Kindern und Jugendlichen Einblicke in die Herstellung gesunder Gemeinschaftsverpflegung ermöglichen.

5. *Wie steht Ihre Partei zur Transformation der Landwirtschaft?*

- *Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um den Umbau der Tierhaltung insbesondere in West-Niedersachsen voranzubringen?*

CDU

Die Umsetzung der Ergebnisse der Borchert-Kommission zu mehr Tierwohl braucht Zeit, verlässliche Regeln und Fristen, eine Änderung des Baurechts und verbindliche Finanzierungssysteme. Für die Umsetzung bedarf es einer dauerhaften und verpflichtenden Tierwohlabgabe zur Finanzierung des Mehraufwandes, aber auch Investitionshilfen für erforderliche Umbauten. Mit dem Modellprojekt „Stall der Zukunft“ wollen wir die Grundlagen für eine praxisgerechte und finanzierbare Umsetzung von Tierwohl schaffen. Außerdem wollen wir das Baurecht so anpassen, dass der Zielkonflikt zwischen Tierwohl und Emissionsschutz gelöst wird. In Sachen Tiertransporte wollen wir die Wege kurz halten und Neuansiedlungen von (auch kleineren) Schlachtstätten unterstützen.

SPD

Wir begrüßen die Einführung einer verpflichtenden Tierhaltungskennzeichnung und eines verlässlichen, leicht verständlichen Herkunftsnachweises für hochwertige deutsche und regionale Produkte, das auch verarbeitete Produkte im Endprodukt einbeziehen soll. Für mehr Tierwohl in der Nutztierhaltung unterstützen wir die Empfehlungen der Borchert-Kommission zum Umbau der Nutztierhaltung und werden uns auf Bundesebene für die Ausgestaltung der Finanzierung und die planmäßige Umsetzung einsetzen. Neben diesen Maßnahmen ist es unerlässlich, Maßnahmen für einen besseren Seuchenschutz und damit zum Schutz der Tiergesundheit in der Nutztierhaltung in Niedersachsen zu etablieren und zu fördern. Wir werden Planungssicherheit für die Tierhalter in Niedersachsen schaffen und gemeinsam mit dem Bund bessere planungs- und genehmigungsrechtliche Voraussetzungen für den Umbau der Tierhaltung hin zu besseren Haltungsformen verwirklichen.

FDP

Wir Freie Demokraten treten für eine verantwortungsvolle Haltung von Nutztieren ein. Den Fokus legen wir auf rechtsstaatliche Kontrollen und wirksame Modernisierungsschritte in der Tierhaltung, die auch von kleineren und mittleren Betrieben getragen werden können. Tierwohl ist für uns keine Frage der Stallgröße, sondern der Haltungsbedingungen für die einzelnen Tiere. Der Umbau der Nutztierhaltung kann unserer Ansicht nach nur gemeinsam mit den Landwirten, durch marktwirtschaftliche Instrumente erreicht werden. Grundsätzlich gilt, dass Landwirte in die Lage versetzt werden müssen, die mit höheren Standards beim Tierwohl verbundenen Mehrkosten über den Markt erwirtschaften zu können. Anstatt immer weitergehender ordnungsrechtlicher Auflagen benötigen sie verlässliche Rahmenbedingungen und attraktive betriebliche Entwicklungsperspektiven. Notwendige Investitionsentscheidungen im Stallum- oder -neubau für mehr Tierwohl können nur so langfristig planbar sein.

Bündnis 90/Die Grünen

Entsprechend der Zukunftskommission Landwirtschaft brauchen wir einen konsequenten Transformationsprozess. Wir GRÜNEN treten für eine flächengebundene Tierhaltung ein – nur mit dieser kann ein bedarfsgerechter und grundwasserschonender Einsatz der anfallenden Exkremate vor Ort und ohne „Gülletourismus“ über weite Strecken sichergestellt werden. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen die insbesondere im westlichen Teil Niedersachsens viel zu hohen Tierzahlen reduziert werden. Wir werden Betriebe dabei unterstützen, ihre Tierbestände sukzessive zu verkleinern und ihre Ställe tiergerecht umzubauen. Wir begrüßen das Vorhaben der Ampelkoalition im Bund, Investitionsförderungen für Stallbauvorhaben stärker an der Haltung auszurichten und die Landwirtschaft dabei zu unterstützen, ihre Tierhaltung tiergerecht umzubauen. Gleichzeitig wollen wir ein niedersächsisches Förderprogramm auflegen, das auf freiwilliger Basis die Diversifizierung der Betriebe durch dauerhafte (Teil-)Um- und Ausstiege aus der Schweinehaltung auf andere landwirtschaftliche Betriebszweige ermöglicht, sofern damit kein Einstieg in andere Intensivtierhaltungsformen verbunden ist. Insbesondere während der Corona-Krise wurde deutlich, dass die Verbraucher*innen und der Handel neben günstiger Massenware Produkte mit höheren Tierschutzstandards und einer möglichst regionalen Wertschöpfungskette – von der Erzeugung bis zur letzten Verarbeitungsstufe – nachfragt. Hier fehlt es mitunter noch an einer klaren Erkennbarkeit und differenzierten Unterscheidbarkeit der vielfältigen Label. Eine staatliche Haltungskennzeichnung, verbunden mit klaren rechtlichen Haltungsvorgaben hilft hier den Konsumierenden ebenso, wie den Tierhaltenden. Denn letztere können so rechtssicher ihre Ställe umbauen und Bestände reduzieren und sich so zukunftssicher aufstellen. Um die Finanzierung dieses Umbaus zu gewährleisten, brauchen wir eine Umlagefinanzierung zB durch einen Tierwohl-Cent auf alle tierischen Produkte. Bislang hat die FDP im Bund dies jedoch blockiert. Erste Äußerungen der niedersächsischen FDP müssen von Bundesfinanzminister Lindner bestätigt werden.

Da der Ausbruch von Tierseuchen und die dadurch verursachten Schäden im engen Zusammenhang mit der in einem Betrieb gehaltenen Zahl von Tieren und der Tierdichte in der Region stehen, planen wir, die Beiträge zur Tierseuchenkasse entsprechend der Gefährdungssituation anzupassen und die Prävention bei der Tierseuchenbekämpfung zu stärken. Es darf nicht sein, dass bäuerliche Betriebe mit angepassten Tierbeständen mit ihren Beiträgen zur Tierseuchenkasse Seuchengefahren subventionieren, die vor allem von der Massentierhaltung ausgehen. Regional gestaffelte Beiträge können durch ihre Lenkungswirkung somit ein Baustein sein, um regionale Konzentration bestimmter Tierarten abzubauen. Darüber hinaus wollen wir die Möglichkeit nutzen, die vom Land festzusetzenden Maßnahmen zur Förderung des ländlichen Raumes und von Agrarumweltmaßnahmen gezielt für echte Umwelt- und Tierschutzprogramme einzusetzen.

- *Wie steht Ihre Partei zur Thematik der klimaschonenden Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Flächen in Moorgebieten?*

CDU

Wir wollen eine Moorschutzstrategie in Zusammenarbeit mit allen betroffenen Niedersachsen, den Naturschutzverbänden und den Landwirten analog dem Niedersächsischen Weg etablieren und das Thema ganzheitlich und vor allem mit Blick auf mögliche Interessenkonflikte, auch für künftige Generationen, betrachten. Wir werden sie nur mit einem umfassenden Nachteilsausgleich, einer Flurbereinigung und einem in einem Beteiligungsverfahren erarbeiteten Konzept umsetzen. Außerdem wollen wir ein Förderprogramm zur langfristigen Unterstützung der Produktion von Torfmoor und zur Erforschung von Ersatzstoffen auf den Weg bringen. Planungs- und ordnungsrechtliche

Einschränkungen bzw. Verschärfungen, welche zu einer Enteignung durch die Hintertür führen, lehnt die CDU in Niedersachsen entschlossen ab. Vielmehr muss die Forschung für Nutzungsalternativen auf wiedervernässten Standorten vorangetrieben werden, um dort eine klimaschonende, rentable und gesellschaftlich umsetzbare Bewirtschaftung, vor allem für die zukünftigen Generationen zu ermöglichen.

SPD

Die bestehenden Schutzgebiete, Nationalparke, Biosphärenreservate und Naturparke leisten einen entscheidenden Beitrag für die Erhaltung und Pflege unserer Flora und Fauna und unserer prägenden Landschaften an der Küste, im Moor, in der Heide und im Harz. Die Renaturierung von Mooren in Niedersachsen ist ein wichtiger Schritt zur Reduzierung der ausgestoßenen Treibhausgase.

Wir setzen uns ein für eine Erweiterung des Niedersächsischen Wegs auf die Bereich Moor- und Klimaschutz und ebenso für einen Forschungsausbau mit innovativen Fördermöglichkeiten im Bereich des Moorschutzes.

FDP

Da entwässerte Moore erheblich zum Kohlendioxid-Ausstoß beitragen, sind wir Freie Demokraten der Ansicht, dass ambitionierte Maßnahmen bis hin zur Wiedervernässung von Moorland in dafür geeigneten Regionen notwendig sind. Vor dem Hintergrund dieser Thematik darf nicht vergessen werden, dass die systematische Entwässerung zum Teil staatlich auferlegt war und die Existenzgrundlage für tausende Familien in Niedersachsen geschaffen hat. Die geplanten Maßnahmen zur Wiedervernässung der Moore dürfen nicht zu einer kalten Enteignung der Betriebe führen, sondern müssen auch das erarbeitete Eigentum der Landwirte schützen. Es müssen Einkommensalternativen, wie beispielsweise die Kombinationsnutzung mit Flächenfotovoltaik eröffnet werden. Da Niedersachsen von allen Bundesländern am meisten von der Umstrukturierung der Mooregebiete betroffen ist, wird die Wiedervernässung der Moore in Niedersachsen entsprechende Dimensionen haben. Der erzielte Produktionswert der landwirtschaftlichen Nutzung von entwässerten Moorböden liegt in Niedersachsen auf einem hohen Niveau. Die entsprechend hohe Zahl der Arbeitskräfte in den landwirtschaftlichen Betrieben in den Niedersächsischen Moorregionen gilt es zu schützen. Wir Freie Demokraten sind der Auffassung, dass die Landwirte, die in Mooregebieten wirtschaften Perspektiven, Planungssicherheit und Transparenz benötigen.

Bündnis 90/Die Grünen

Jahrhunderte lang wurde in Niedersachsen dem Moor unter schweren Belastungen und Entbehrungen für die Menschen Land abgerungen, um es landwirtschaftlich zu nutzen. Heute wissen wir, dass dies mit fatalen Auswirkungen für das Klima und die biologische Vielfalt verbunden ist. In den Moorregionen gibt es eine hohe Identifikation mit der Moor-Historie, man ist sich allerdings auch der Klima-Relevanz der Moorbewirtschaftung bewusst. Es gilt nun gemeinsam mit den Betroffenen einen Plan zu erarbeiten wie die Emissionen aus Moorböden reduziert und im besten Fall Moorböden wieder zu CO₂-Senken werden können. Die Kompensationen für diese Nutzungseinschränkungen müssen gesamtgesellschaftlich getragen werden. Die Groko wollte sich an diesem „heißen Eisen“ nicht verbrennen und hat das Thema leider in den letzten Jahren komplett ignoriert. Als moorreichstes Bundesland stehen wir hier in besonderer Verantwortung. Bislang ist man davon ausgegangen, dass ca. 12 Prozent der niedersächsischen Treibhausgasemissionen aus trockengelegten Moorböden stammen. Das Thünen-Institut geht inzwischen sogar von 20% aus.

Wir GRÜNEN wollen diesen Klimaschatz heben und machen aus unseren Moorböden wieder CO₂-Senken. Durch die Einrichtung einer Landesgesellschaft für Moorschutz wollen wir Tempo, Verbindlichkeit und Kontinuität in den Moorschutz bringen und ermöglichen eine besonders effiziente Umsetzung der angekündigten Moorschutzmittel des Bundes in Niedersachsen. Das Aktionsprogramm niedersächsische Moorlandschaften entwickeln wir weiter und konkretisieren Ziele und Zeitpläne für die Wiedervernässung und den Stopp der Klimaemissionen aus kohlenstoffhaltigen Böden. Wir lenken gezielt Kompensationsmaßnahmen in die Moorvernässung und den Klimaschutz.

Landwirtschaftliche Bewirtschaftungsformen, die den Humusaufbau stärken, wollen wir besonders fördern. Aus der ackerbaulichen Nutzung von Moorflächen wollen wir aussteigen und eine standortangepasste extensive Grünlandnutzung mit hohen Wasserständen oder auch neue klimaschonende Methoden wie Paludikulturen fördern, so dass die niedersächsischen Moore so viel Kohlenstoff wie möglich speichern. Die Umstellung der bisherigen landwirtschaftlichen Nutzung auf diese moorerhaltende Bewirtschaftungsformen, die auch in Kombination mit Freiflächen-Solaranlagen in wiedervernässten Mooren erfolgen kann, unterstützen und fördern wir. Dafür wollen wir z.B. auch eine Förderung nachhaltiger Dämmstoffe etablieren, die auf den Moorstandorten erzeugt werden können.

Als Torfabbauland Nummer 1 ist für uns GRÜNE klar, dass wir einerseits keine neuen Abbaugenehmigungen mehr erteilen werden, aber gleichzeitig auch die Torfnutzung ersetzen und die Nachfrage somit senken müssen. Das Land sollte dabei mit gutem Beispiel vorangehen und auf den Einsatz torfhaltiger Erden auf landeseigenen Flächen verzichten, torffreie Alternativen nutzen und bei Neuanpflanzungen darauf achten, dass diese perspektivisch aus torffreier Anzucht stammen. Wir wollen den Gartenbau und die Kommunen dabei unterstützen auf torfhaltige Erden immer mehr zu verzichten. Dies gilt auch soweit möglich für Förderprogramme. Mit einem Programm Gärtnern ohne Torf für den gewerblichen Gartenbau unterstützen wir die schrittweise Erhöhung des Anteils von Torfersatzstoffen im Erwerbsgartenbau. Durch das Label „Torffrei aus Niedersachsen“ schaffen wir Transparenz für Verbraucher*innen sowie neue Absatzmärkte für torffreie Alternativen.

- *Was plant Ihre Partei, um die im "Aktionsprogramm Insektenvielfalt Niedersachsen" genannten Handlungsziele zügig zu erreichen?*

CDU

Die CDU in Niedersachsen sieht vor, die Ziele des „Aktionsprogramms Insektenvielfalt Niedersachsen“ durch eine konsequente Umsetzung des Niedersächsischen Weges zu erreichen.

SPD

Schon im letzten Jahr wurde ein Insektenschutz-Paket verabschiedet. Es umfasst eine Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes und die Anpassung der Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung. Unter anderem wird der Einsatz von Bioziden, Herbiziden sowie bienengefährlicher Insektizide in bestimmten Naturschutzgebieten eingeschränkt. Streuobstwiesen und artenreiche Weideflächen werden gefördert.

Zusätzlich ist auch die kürzlich verabschiedete Förderung von Agroforstsysteme ein wichtiger Baustein zur Sicherung der Insektenvielfalt in Niedersachsen. Auf dieser Grundlage werden

wir uns auch zukünftig für einen Erhalt und eine Erholung der Insektenbestände im Land einsetzen.

FDP

Wir wollen den Verlust der biologischen Vielfalt stoppen und in Zukunft die Artenvielfalt sichern. Im Rahmen der Niedersächsischen Weges wurden verschiedene Leitlinien formuliert zum Umgang mit Natur-, Arten- und Gewässerschutz. Um die geplanten Handlungsziele des „Aktionsprogramm Insektenschutz“ zu erreichen werden wir einen ausreichend finanziellen Rahmen schaffen und die Umsetzung der geplanten Maßnahmen zum Schutz und zur Wiederherstellung von Insektenlebensräumen unterstützen.

Bündnis 90/Die Grünen

Die Ausweitung des Ökolandbaus ist ein wichtiger Baustein für mehr Insektenschutz. Studien haben belegt, dass insbesondere in den bewirtschafteten Bio-Flächen die Artenvielfalt deutlich erhöht ist. Für die Artenvielfalt, grade auch im Insektenspektrum, und den Erhalt wertvoller Naturräume werden wir GRÜNEN einen landesweiten Biotopverbund auf mindestens 15 Prozent der Landesfläche schaffen. Nationalparks, Biosphärenreservate, Natur- und zum Teil auch Landschaftsschutzgebiete bilden die Kernflächen des Biotopverbunds. Diese werden entlang von Landschaftselementen und ökologischen Trittsteinen verbunden, um ein Netzwerk natürlicher Lebensräume zu schaffen. Strukturierende Landschaftselemente wie Fließgewässer, Weg- und Feldraine oder auch Hecken und Feldgehölze, Alleen und Baumreihen haben eine besondere Bedeutung für die Biotopvernetzung. Daher wollen wir Alleen und Baumreihen als wichtige Biotopverbundelemente erhalten und wo möglich neu anlegen. Lücken wollen wir schließen. Wir verbinden Bäche, Flüsse, Seen und Auen mit ihren Gewässerrandstreifen und Entwicklungskorridoren zu einem Blauen Band. Zudem beteiligen wir uns am Erhalt und der Sicherung des Grünen Bandes als Naturschutzgroßprojekt entlang der ehemaligen innerdeutschen Grenze. Darüber hinaus werden wir die Kommunen dabei unterstützen, die Wegeseitenränder als ungenutzte oder extensiv genutzte Strukturen in der Landschaft zurückzugewinnen und wiederzubeleben. Diese in den vergangenen Jahrzehnten sukzessive in die Nutzung genommenen Flächen sind in der Regel Eigentum der Kommunen und können unsere oftmals ausgeräumte Landschaft als Trittsteinelemente beleben.

Dank des Volksbegehrens ist es über den Nds. Weg gelungen, innerhalb von Naturschutz- und Natura 2000-Gebieten endlich den Einsatz chemisch-synthetischer Pestizide auf Grünland grundsätzlich auszuschließen. Wir wollen gemeinsam mit den Landwirtschafts- und Umweltverbänden darauf hinwirken, dass Ausnahmen weiter reduziert werden und dass diese und andere Maßnahmen in der Fläche wirksam von einer Landesbehörde unter Aufsicht des Umweltministeriums kontrolliert werden. Der Einsatz von Insektiziden, vor allem der sogenannten Neonikotinoide, gefährdet Bienen, Hummeln und andere Insekten. Deshalb lehnen wir Notfallzulassungen für diese Stoffgruppe, auch für den Zuckerrübenanbau, konsequent ab. Wir GRÜNEN werden die bisher verschleppte Pestizidreduktionsstrategie erarbeiten und eine deutliche Reduktion von Pestiziden in der Landwirtschaft, im Gartenbau und auf nicht landwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzten Flächen umsetzen. Abdriftschäden, die auf Bio-Flächen auftreten, müssen unterbunden werden. Schäden sind auszugleichen. Vor diesem Hintergrund setzen wir uns für eine flächendeckende Ausweitung des „FINKA“ Projektes (Förderung von Insekten im Ackerbau), welches die engere Kooperation von konventionell wirtschaftenden Betrieben mit ökologisch wirtschaftenden Nachbarhöfen fördert, ein. Auch brauchen wir ein öffentlich einsehbares landesweites

Kataster der ökologischen Ausgleichsflächen und Ersatzmaßnahmen. Angesichts gravierender Rückstände bei der Umsetzung der Ausgleichsmaßnahmen durch die Kommunen werden wir die Kontrollen stärken.

Zur Umsetzung der verbindlichen Fauna-Flora-Habitat- (FFH-) und Wasserrahmenrichtlinien ziehen wir Kompetenzen zur Ausweisung und Pflege von Schutzgebieten auf die Landesebene. Raumordnung und Planfeststellung verzahnen wir noch stärker – damit letztere nicht erst anfängt, wenn das Raumordnungsverfahren abgeschlossen ist.

Grünflächen und Schutzgebiete im Landeseigentum werden wir insektenfreundlich bewirtschaften. Auch die Landesstraßenbaubehörde nehmen wir in die Pflicht für eine insektenschonende Pflege des Straßenbegleitgrüns und etablieren ein landesweites Insekten-Monitoring als belastbare Datengrundlage für den Insektenschutz. Die ökologische Flurbereinigung führen wir wieder ein und fördern mit EU-Mitteln gezielt eine Neuordnung von Flächen, die auch den Zielen des Natur-, Wasser- und Klimaschutz zugutekommt. Denn, um den Artenschwund zu stoppen, müssen unsere Agrarlandschaften wieder vielfältiger gestaltet sein. Bei der Förderung von Blühstreifen haben wir in der GRÜNEN in Regierungsverantwortung einen Extrabonus für von Imker*innen empfohlene Blühstreifen durchgesetzt. Wir wollen die Imkerei in Niedersachsen mit einer Bestäubungsprämie fördern und die Imkervereine bei ihren erfolgreichen Schulungsangeboten unterstützen. Einer besonderen Unterstützung der Bio-Imkerei zB bei Zertifizierungsverfahren stehen wir offen gegenüber. Zudem wollen wir zum Schutz der Insektenfauna eine Verbesserung der Ernteverfahren fördern.

Zu guter Letzt möchten wir den Trend zu Schottergärten und versiegelten Flächen umkehren. Das bestehende Verbot von Schottergärten nach der niedersächsischen Bauordnung werden wir konsequent umsetzen und stattdessen Anreize für naturnahe, insektenfreundliche Gärten geben.

6. *Wie plant Ihre Partei, die im bundesweit bereits seit 1994 geltenden KMK-Rahmenlehrplan für den Ausbildungsberuf Landwirt/-in vorgesehenen 80 Unterrichtsstunden zum Lerngebiet „Alternative Landwirtschaft“ in Niedersachsen umzusetzen?*

CDU

Wir stellen fest, dass es derzeit insgesamt zu wenig Lehrerinnen und Lehrer gibt, die diese Vorgaben umsetzen können. Daher benötigen wir mehr Weiterbildungskapazitäten, vor allem in den folgenden Bereichen:

- Ergänzung der überbetrieblichen Ausbildung in Ruthe um einen Bio-Feststall und einen Bio-Mobilstall
- Ergänzung der überbetrieblichen Ausbildung Ackerbau um ökologische Inhalte
- Ergänzung der überbetrieblichen Ausbildung in Echem um ökologische Inhalte im Bereich der Rinderhaltung

Uns ist wichtig, dass die Homepage www.berufsschule-agrar.bio aufrechterhalten und sorgfältig gepflegt wird, damit ein digitales Bildungsangebot im ökologischen Bereich für Interessierte ständig verfügbar ist. Außerdem setzen wir uns für die Einrichtung einer Professur für den Ökolandbau in Niedersachsen ein, damit diese Lerninhalte in der akademischen Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer besser als bisher etabliert werden. Berufsschulklassen sollen im Bereich ökologischer Lehrangebote finanziell bezuschusst werden.

SPD

Die Vermittlung von Grundkenntnissen in Bereichen des ökologischen Landbaus sind für eine gelingende Transformation der Landwirtschaft in Niedersachsen eine wichtige Grundlage. Folgerichtig haben Kultus- und Landwirtschaftsministerium hierzu bereits den Austausch mit verschiedenen Akteuren gesucht, um „Alternative Landwirtschaft“ in der Ausbildung zum/zur Landwirt:in auch praktisch umzusetzen.

Im Koalitionsvertrag auf Bundesebene wurde ein Ziel von 30% Ökolandbau bis 2030 festgeschrieben. Diese Forderung unterstützen wir in Niedersachsen ausdrücklich. Seit 2013 wird das Thema Ökologischer Landbau in Niedersachsen auch politisch forciert.

Bei der Umsetzung der vorgesehenen 80 Unterrichtsstunden setzen wir auf einen Austausch mit den lokalen Schulträgern, um Bedarfe und Probleme zu erkennen und gegebenenfalls direkt unterstützen, beziehungsweise gegensteuern zu können.

Der Lehrplan für „Alternative Landwirtschaft“ richtet sich nach dem bundeseinheitlichen Rahmenlehrplan.

FDP

Die berufsbildenden Schulen in Niedersachsen sind entscheidend, wenn es darum geht, junge Menschen in die Lage zu versetzen, ein selbst bestimmtes und unabhängiges Leben zu führen. Wie wollen die berufliche Bildung auch in der Landwirtschaft stärken. Dafür bedarf es nicht der Rezepte von vor 30 Jahren, sondern einer ganzheitlichen Ausbildung zu modernen Methoden in der Landwirtschaft. Zunehmend halten auch wieder mechanische Maßnahmen aus der Biolandwirtschaft im konventionellen Bereich Einzug. Mit einer Digitalisierungsoffensive werden wir die Möglichkeit schaffen, dass die jungen Menschen zeitgemäß ausgebildet werden, hier sind natürlich auch die Lehrpläne auf die aktuellen Entwicklungen der Fachgebiete anzupassen. Dazu gehört aber auch eine Überarbeitung der Lehrerstundenzuweisung und eine bessere Versorgung der Schulen mit Lehrkräften. Nur wenn der Unterricht stattfindet kann die Ausbildung auf allen Lerngebieten garantiert werden. Wir werden den berufsbildenden Schulen darüber hinaus die Freiheiten einräumen, noch enger mit der lokalen Wirtschaft zusammenzuarbeiten und sich flexibel den Bedürfnissen der Ausbildungsbetriebe anpassen zu können.

Bündnis 90/Die Grünen

Die ökologische Ausrichtung der Ausbildung wollen wir in den Berufs- und Hochschulen stärken. Der Rahmenlehrplan gibt insgesamt 80 Unterrichtsstunden, also 10 Prozent der gesamten landwirtschaftlichen Ausbildung, für das Themenfeld „alternative Landwirtschaft“ vor. Dieser Anteil muss ausgebaut werden. Inhaltlich werden hierunter Themen des ökologischen Landbaus gefasst, wie Stoff- und Energiekreisläufe, Fruchtfolgesysteme, Leguminosenanbau und Umstellungsverfahren. Der Rahmenlehrplan ist dabei nicht bindend, wird jedoch als Orientierung genutzt. Niedersachsen gehört zu den Ländern, die den Lehrplan übernommen haben. Grundsätzlich wäre geplant, etwa jeweils 40 Stunden im 2. und im 3. Ausbildungsjahr gelehrt werden. In vielen Berufsschulen wird die volle Stundenzahl der alternativen Landwirtschaft aber nicht vollständig erbracht. Dieses Problem ist bereits länger bekannt.

Der 2016 vom Grünen Landwirtschaftsministerium erstellte „Aktionsplan für mehr Ökolandbau“ hat daher die stärkere Berücksichtigung des Ökolandbaus in der landwirtschaftlichen Aus- und Weiterbildung aufgegriffen. Ziel ist die „Erarbeitung und

Umsetzung eines Maßnahmenplanes zur verstärkten Integration des Ökolandbaus in den Unterricht der landwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulen in Zusammenarbeit von ML, MK, Landesschulbehörde, LWK, Landvolk und Vertretern des ökologischen Landbaus“.

Folgendes muss endlich umgesetzt werden:

- Unterstützung der Lehrkräfte durch zum Thema Ökolandbau erstellte und zusammengestellte Unterrichts- und Informationsmaterialien,
- Ausweisung eines landesweiten Netzes von Bio-Betrieben, die für Besichtigungen im Rahmen der Aus- und Weiterbildung zur Verfügung stehen
- Errichtung und Ausbau von weiteren Öko-Tierställen in der überbetrieblichen Ausbildung,
- Weiterentwicklung der überbetrieblichen Ausbildung auch im Ackerbau

Insgesamt muss der Ökolandbau auch in der agrarwissenschaftlichen Forschung und im Versuchswesen in Niedersachsen einen noch höheren Stellenwert haben. Mit zusätzlichen attraktiven Weiterbildungsangeboten wie Winterakademien für den Ökolandbau verbreitern wir das Wissen über die ökologische Landwirtschaft zudem auch unter aktiven Landwirt*innen.

7. *Wie werden Sie die Verbände des Ökologischen Landbaus bei der Umsetzung und Weiterentwicklung der niedersächsischen Agrar- und Ernährungspolitik einbinden bzw. deren Einbezug sicherstellen?*

CDU

Agrar- und Ernährungspolitik ist ein hochkomplexes Feld, das viel Wissen erfordert. Somit ist es für uns selbstverständlich, dass wir auch auf die Kompetenzen im Ökolandbau zurückgreifen, um gemeinsam gute Lösungen für Landwirtschaft, Ernährung und Gesellschaft finden.

Mit den Menschen in Niedersachsen wollen wir gemeinsam unser Land nach vorne bringen. Der Landesvorsitzende Dr. Bernd Althusmann und der Generalsekretär Sebastian Lechner haben am 22. April den Entwurf des Regierungsprogramms zur Landtagswahl am 9. Oktober vorgestellt. Nun geht es in die nächste Phase, in der alle Niedersachsen eingeladen sind, ihre Ideen einzubringen. Gleichzeitig geht es in die Beratung innerhalb der Niedersachsen Union, sodass am 9. Juli 2022 auf dem Landesparteitag das Regierungsprogramm abschließend beraten wird.

SPD

Im Rahmen des Niedersächsischen Wegs hat sich bereits eine gute Kommunikationsstruktur mit verschiedensten Akteuren entwickelt. Diese werden wir auch zukünftig weiterführen. Unabhängig vom Niedersächsischen Weg ist ein genereller Austausch mit den Fachleuten vor Ort und der Einbezug von deren Output ist die Grundlage für jegliche politische Umsetzungsvorhaben.

FDP

Wir Freie Demokraten sind der Ansicht, dass der größte Erfolg erzielt werden kann, wenn alle Beteiligten auf Augenhöhe eingebunden werden. Die Erarbeitung des Niedersächsischen Wegs soll hier als Paradebeispiel dienen. Alle beteiligten Verbände und Vereine sollen die Möglichkeit bekommen ihre Anliegen und Interessen gleichermaßen einzubringen.

Bündnis 90/Die Grünen

Die Verbände des Ökologischen Landbaus sind für die Umsetzung der oben genannten Vorhaben unersetzlich. Wir wollen unsere Politik gemeinsam und im Dialog umsetzen. Damit noch mehr Betriebe auf Ökolandbau umsteigen können, werden wir den Aktionsplan Ökolandbau in den Mittelpunkt rücken. Die Überarbeitung, bzw. Anpassung des Planens an aktuelle Entwicklungen sowie dessen Umsetzung wollen wir gemeinsam mit den Verbänden vornehmen. Wir GRÜNEN werden sicherstellen, dass die dafür erforderlichen Mittel im Haushalt bereitgestellt werden. Wir werden immer ein offenes Ohr für die Verbände des Ökologischen Landbaus haben und ihren Sachverstand ernsthaft nutzen.